Protokoll Nr. 12 (2019-2023)

der öffentlichen Sitzung des Beirats Vahr am 15.12.2020 – als Videokonferenz

Beginn: 19:30 Uhr Ende: 21:25 Uhr

Anwesend waren:

a) vom Beirat Jens Emigholz Eva Früh

Heinz Gerkmann Dr. Tim Haga
Petra Hoya Kathrin Lammel
Ulrich Maas Eva Mahlert
Oliver Saake Jörg Schoolmann
Bernd Siegel Nikolai Simson

Helmut Weigelt

b) vom Ortsamt Sarai Auras

Dr. Karin Mathes

c) Gäste Birthe Höltje (Amt für Soziale Dienste)

Marzia Post, Heidi Wenzel (Freie Evangelische Bekenntnisschule)

Christiane Vornhagen (Amt für Straßen und Verkehr)

Die schriftlich vorliegende Tagesordnung wird genehmigt.

Das Protokoll Nr.11 der Beiratssitzung am 27.10.2020 wird ebenfalls genehmigt.

TOP 1: Anträge von Bürger*innen, Wünsche, Anregungen und Mitteilungen in Stadtteilangelegenheiten

Mitteilungen aus der Bevölkerung

Eine Anwohnerin der August-Bebel-Allee weist auf den dortigen Parkplatzmangel hin und möchte wissen, warum keine Anordnung von Schrägparkplätzen möglich sei und wieso das Parken in zweiter Reihe nun verstärkt geahndet werde.

Frau Vornhagen antwortet, dass die BSAG das Schrägparken abgelehnt habe, da beim Rückwärtsausparken Busse übersehen werden könnten. Ein Ausweichen der Busse wäre hier im Gegensatz zur Paul-Singer-Straße nicht möglich, da die Fahrspur links durch einen befestigten Mittelstreifen begrenzt werde. Es würde dann nur eine Notbremsung übrigbleiben. Zum Parkplatzmangel erläutert sie, dass das Problem bekannt sei, das Parken in zweiter Reihe jedoch generell verboten sei und vom Ordnungsamt geahndet werden könne.¹

Mitteilungen aus dem Beirat

Herr Dr. Haga regt an, die jetzt auch im Beirat Oberneuland thematisierte Verlängerung der Buslinie 31 (aus Oberneuland kommend) bis zur Berliner Freiheit in der Vahr noch einmal im Fachausschuss "Bau, Verkehr und Umwelt" aufzugreifen. Diese sei von der Behörde aus Kostengründen und aufgrund einer geringen Nutzungserwartung abgelehnt worden. Frau Dr. Mathes sagt zu, die Thematik auf einer der nächsten Sitzungen des genannten Fachausschusses zu berücksichtigen und dazu Vertretungen der zuständigen Behörde und der BSAG einzuladen.

Herr Siegel weist darauf hin, dass es im Stadtteil in der Vergangenheit viele Probleme an Altkleidercontainern mit Überfüllungen und Beistellungen gegeben habe, zuletzt besonders an den

¹ Die Thematik wurde zuletzt beraten im Fachausschuss "Bau, Verkehr und Umwelt" am 07.09.2020, siehe <u>Protokoll</u> Nr. 7. Weiteres hierzu wird unter TOP 3 behandelt.

Standorten Heinrich-Schulz-Straße und Otto-Suhr-Straße. Daher habe er sich an die Bremer Stadtreinigung gewandt, die den Standort Heinrich-Schulz-Straße instandgesetzt und engmaschigere Kontrollen zugesagt habe. Momentan sehe er keinen weiteren Handlungsbedarf, äußert jedoch die Bitte, sich an ihn oder direkt an die Bremer Stadtreinigung zu wenden, sollten erneut Probleme an Altkleidercontainern auftreten.²

Herr Maas bedankt sich beim Ortsamt, dass die Beirats- und Fachausschusssitzungen als Videokonferenzen durchgeführt werden.

Mitteilungen aus dem Ortsamt

Wie Frau Dr. Mathes mitteilt, habe die Partei PIRATEN angeboten, ihre Wahlanfechtungsklage zurückzuziehen, wenn auf eine Kostenerstattung verzichtet werde.³ Eine entsprechende Einigung sei erfolgt.

Weiter berichtet Frau Dr. Mathes, dass der Planfeststellungsbeschluss zur Querverbindung Ost der Straßenbahnlinien 2 und 10 und der Linie 1 am 01.12.2020 gefasst und veröffentlicht worden sei, sodass der Bau beginnen könne.⁴

Zuletzt teilt Frau Dr. Mathes mit, dass der Bewuchs an der Uferkante des Vahrer Sees im Januar 2021 zurückgeschnitten werde.

TOP 2: Vergabe der Mittel für die Offene Jugendarbeit

Frau Höltje stellt die Vergabe der Mittel für die Offene Jugendarbeit (OJA) vor, wie sie vom Controlling-Ausschuss einstimmig beschlossen wurde:⁵

- Für 2020 standen noch 22.000 € an Restmitteln aus dem Budget der Offenen Jugendarbeit zur Verfügung, die inzwischen ausgegeben worden sind. Es sei festgelegt worden, mit diesen Restmitteln einzelne Projekte zu fördern. Aufgrund der Corona-Pandemie liege der Schwerpunkt der Projekte im Bereich "Medien".
- Trotz der Pandemie konnten die Mittel sinnvoll eingesetzt werden.
- Für das Jahr 2021 stünden etwa 488.000 € zur Verfügung etwas mehr als im Vorjahr.
 Die von den drei Jugendfreizeitheimen beantragten Summen könnten demnach in ihrer vollen Höhe bewilligt werden. Bei dem Träger AWO habe sich die beantragte Summe aufgrund einer Änderung der Personalkosten reduziert.
- Für die zweite Vergaberunde 2021 stünden dann noch knapp 28.000 € zur Verfügung, die eventuell für Ferienprogramme und Fahrten der Jugendeinrichtungen eingesetzt werden könnten.
- Die Integrationsmittel beliefen sich im n\u00e4chsten Jahr auf 11.109 €.

Herr Siegel begrüßt die vorgestellten Vergabevorschläge und zeigt sich erfreut über die Erhöhung des Integrationsbudgets. Er befürchtet aufgrund der Entwicklung der Corona-Pandemie wieder eine Schließung der Jugendfreizeiteinrichtungen und hofft, dass die Jugendarbeit dennoch weiterlaufen könne – wenn auch eingeschränkt bzw. in einem anderen Rahmen.

Frau Höltje erwidert, dass ihr eine Schließung der Einrichtungen nicht bekannt sei, aber den Jugendlichen teilweise schwer zu vermitteln sei, dass sie nicht unbegrenzt zeitgleich die Einrichtungen besuchen könnten, dadurch dass die Personenanzahl in den Einrichtungen begrenzt werden müsse.

Frau Dr. Mathes lässt über die Mittelvergabe für die Offene Jugendarbeit abstimmen: Der Beirat stimmt dieser einstimmig – wie vorgestellt – zu.

Beirat Vahr Nr. 12 (2019-2023) am 15.12.2020

² Die Bremer Stadtreinigung ist zu erreichen unter info@dbs.bremen.de.

³ Näheres hierzu findet sich in dem Protokoll der Beiratssitzung vom 19.05.2019 unter <u>Protokoll der Fachausschusssitzung Globalmittel und Koordination</u> mit weiteren Verweisen.

⁴ Die Unterlagen können abgerufen werden unter https://www.bauumwelt.bremen.de/mobilitaet/planfeststellung/strassenbahnen-3837.

⁵ Eine Übersicht ist dem Protokoll als **Anlage 1** angefügt.

TOP 3: Hol- und Bring-Verkehr der Freien Evangelischen Bekenntnisschule

Frau Vornhagen erinnert daran, dass der Beirat 2017 an das Amt für Straßen und Verkehr (ASV) mit der Problematik der Hol- und Bring-Verkehre an der Freien Evangelischen Bekenntnisschule (FEBB) herangetreten sei.⁶ Viele der Grundschulkinder kämen von außerhalb und würden daher von den Eltern mit dem Auto zur Schule gebracht. Der Schulbus sei 2017 aus finanziellen Gründen eingestellt worden. Aufgrund der damaligen Baumaßnahme in der Otto-Braun-Straße hatte das ASV der Anordnung eines eingeschränkten Halteverbots (zur Nutzung als Elternhaltestelle) als temporäre Maßnahme an der August-Bebel-Allee zugestimmt, da keine anderen Parkmöglichkeiten in der Otto-Braun-Straße zur Verfügung gestanden haben. Die Baumaßnahme sei inzwischen abgeschlossen und daher die zeitnahe Aufhebung der Elternhaltestelle vorgesehen.

Aus Sicht von Frau Post habe sich die Elternhaltestelle bewährt. Sie habe über drei Tage eine Zählung an der Schule durchgeführt und dabei etwa 40 Autos pro Tag erfasst, die an der Elternhaltestelle gehalten hätten (bei ca. 200 Schüler*innen). Im Falle einer Aufhebung der Elternhaltestelle werde befürchtet, dass viele Eltern in die Otto-Braun-Straße führen, sodass es dort zu einer Verkehrszunahme – einhergehend mit Verkehrsgefährdungen für Schüler*innen – käme. Ein Vorteil der Elternhaltestelle sei, dass Eltern ihre Kinder zur Schule begleiten könnten, wenn zum Beispiel etwas Schweres zu tragen sei.

Von Seiten der anwesenden Anwohner*innen wird auf den ohnehin vorliegenden Parkplatzmangel für Anwohner*innen hingewiesen, der durch die Ausweisung einer Elternhaltestelle noch verstärkt werde.

Auf Nachfragen erläutern Frau Wenzel und Frau Post, dass

- die Abholung der Kinder entzerrt und damit unproblematisch sei, weil diese zwischen 12:00 und 17:00 Uhr erfolge;
- es von Seiten der Schule viele Bemühungen gegeben habe, den Eltern zu vermitteln, ihre Kinder nicht direkt bis vor die Schule zu fahren und Alternativen aufzuzeigen;
- es sich an der Elternhaltestelle um sechs Parkplätze handele, die aber selten alle zur Verfügung stünden, weil sie anderweitig beparkt würden.

Frau Vornhagen macht auf Nachfrage deutlich, dass rechtlich an Bushaltestellen gehalten werden dürfe und Eltern ihre Kinder an der Haltestelle Otto-Braun-Straße aus dem Auto lassen dürften, jedoch ohne dort zu parken.

Herr Weigelt weist auf den hohen Parkdruck in der August-Bebel-Allee hin, was zur Folge habe, dass dort ordnungswidrig geparkt werde. Parkplätze sollten nicht als Elternhaltestelle freigehalten werden, sondern den Anwohner*innen zur Verfügung stehen. Zudem sollte es keine Sondergenehmigung für speziell eine Schule geben. Kinder könnten besser an der Bushaltestelle herausgelassen werden, was den Vorteil mit sich brächte, dass sie nicht die Otto-Braun-Straße überqueren müssten.

Herr Siegel stellt den Antrag, dass die Elternhaltestelle aufgehoben und die Schule gebeten werden solle, erneut mit den Eltern über die Problematik zu sprechen und auf Alternativen hinzuweisen. Als Alternativen benennt er, die Einrichtung eines Schulexpresses⁷, die Bildung von Fahrgemeinschaften, den Halt an der Bushaltestelle und die Nutzung der Parkplätze in der August-Bebel-Allee, die morgens in der Regel vorhanden seien.

Herr Saake gibt zu bedenken, dass viele Kinder zu Fuß in der Otto-Braun-Straße gingen, die wiederum gefährdet würden, wenn der Verkehr in der Otto-Braun-Straße zunähme. Bei der Elternhaltestelle handele es sich zwar um einen Präzedenzfall, aber es liege eine Sondersituation vor, da viele Kinder von außerhalb kämen. Er befürwortet die Einrichtung eines Schulexpress-Standorts, aber sieht von einer sofortigen Aufhebung der Elternhaltestelle ab. Es bedürfe einer angemessenen Übergangszeit.

Beirat Vahr Nr. 12 (2019-2023) am 15.12.2020

⁶ Nähere Informationen hierzu finden sich in dem Protokoll des Fachausschusses "Bau, Verkehr und Umwelt" vom 20.03.2017 unter <u>Protokoll Nr. 10</u>.

⁷ Bei dem Projekt "Schulexpress" wird ein Standort bzw. mehrere festgelegt, an dem sich Kinder treffen und vor dort gemeinsam den Schulweg antreten.

Herr Dr. Haga schließt sich Herrn Saake an und ergänzt, dass die Elternhaltestelle beibehalten werden solle, bis ein geeigneter Schulexpress-Standort in adäquater fußläufiger Entfernung zur Schule mit einem sicheren Verkehrsweg gefunden worden sei.

Frau Wenzel und Frau Post machen abschließend deutlich, dass sie nicht mit allen Mitteln um die Elternhaltestelle kämpften, aber geben zu bedenken, dass der Verkehr in der Otto-Braun-Straße ohne diese Elternhaltestelle vermutlich zunähme. Sie sagen zu, den Eltern nochmals einen Brief mit der Bitte zukommen zu lassen, künftig nicht in die Otto-Braun-Straße zu fahren, sondern ihre Kinder an der Bushaltestelle herauszulassen. Sie hätten in der Vergangenheit schon oftmals entsprechende Informationen an die Eltern herangetragen, könnten diese aber nicht zwingen. Sie bemühten sich bereits um die Einführung des Schulexpresses und stünden diesbezüglich mit dem zuständigen Kontaktpolizisten in Verbindung. Ein langsames "Ausschleichen" der Elternhaltestelle werde gegenüber einer sofortigen Aufhebung bevorzugt.

Herr Siegel ändert seinen zuvor gestellten Antrag dahingehend, die Aufhebung der Elternhaltestelle um zwei Monate aufzuschieben, um der FEBB bis dahin Zeit einzuräumen, den Eltern nochmals Alternativen aufzuzeigen und einen geeigneten Schulexpress-Standort zu finden bzw. diesen einzurichten und bekannt zu machen.

Herr Saake stellt den Änderungsantrag, dass die Elternhaltestelle erst zum Schuljahresende 2020/ 2021 aufgehoben werden solle.

Frau Dr. Mathes lässt zunächst über den von Herrn Saake gestellten Änderungsantrag abstimmen: Dieser wird mit sieben Ja- und fünf Nein-Stimmen mehrheitlich angenommen.

Die Abstimmung über den Antrag von Herrn Siegel wird damit obsolet.

Abschließend erfolgt die Abstimmung darüber, das ASV aufzufordern, dass die Elternhaltestelle noch bis zum Schuljahresende 2020/ 2021 bestehen bleiben solle: Dieser Antrag wird mehrheitlich – bei einer Gegenstimme von Die LINKE – beschlossen.

Frau Dr. Mathes hält abschließend fest, dass das Thema "Schulexpress" wieder den Beirat erreichen werde, sobald sich diesbezüglich eine Lösung abzeichne.

TOP 4: Tempo 30 vor der Schule in der Straße "In der Vahr" und den Kitas in der August-Bebel-Allee

Gemäß Frau Dr. Mathes sei eine Stellungnahme des Beirats erforderlich zu der vom ASV vorgesehenen Maßnahme, vor der Schule in der Straße "In der Vahr" die zulässige Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h herabzusetzen.⁸

Frau Dr. Mathes lässt über diese Maßnahme abstimmen: Der Beirat stimmt, bei einer Enthaltung der FDP, einstimmig zu.

Des Weiteren erinnert Frau Dr. Mathes daran, dass der Fachausschuss "Bau, Verkehr und Umwelt" am 07.09.2020 den Beschluss gefasst habe, dass im Bereich der Kindertageseinrichtungen in der August-Bebel-Allee stadteinwärts Tempo 30 angeordnet werden möge.⁹ Nun sei ein Antwortschreiben des ASV eingegangen, in dem die dortige Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h mit der Begründung abgelehnt werde, dass zwischen SKUMS, BSAG und ASV Einvernehmen hergestellt worden sei, dort keine Streckenverbote anzuordnen, da in der August-Bebel-Allee die Buslinie 24 der BSAG verkehre.¹⁰

Herr Siegel merkt an, dass es sich um eine verhältnismäßig kurze Strecke von etwa 600 Metern handele, auf der der Bus – aufgrund von drei Fußgängerüberwegen ("Zebrastreifen"), einer Ampel und einer Bushaltestelle – in der Regel mehrfach anhalten bzw. seine Geschwindigkeit ohnehin verringern müsse. Auf dieser Strecke seien zwei große Kindertageseinrichtungen angesiedelt;

Beirat Vahr Nr. 12 (2019-2023) am 15.12.2020

⁸ Die Anhörung des ASV ist dem Protokoll als **Anlage 2** angefügt.

⁹ Näheres hierzu findet sich in dem entsprechenden Protokoll unter Protokoll Nr. 7.

¹⁰ Das Antwortschreiben des ASV ist dem Protokoll als Anlage 3 angefügt.

eine der beiden eröffnet im Januar 2021 auf dem sog. Ampelspielplatz. Er schlägt daher vor, dass der Beiratsbeschluss vom 07.09.2020 bekräftigt und eine vertiefte Prüfung gefordert werde.

Herr Siegel erhält von Seiten anderer Beiratsmitglieder Zustimmung. Erhebliche Auswirkungen auf ÖPNV-Taktungen könnten nicht nachvollzogen werden und bei dem ablehnenden Schreiben des ASV handele es sich um keine ausreichende Begründung.

Frau Dr. Mathes lässt über den Antrag von Herrn Siegel abstimmen, den ursprünglichen Beschluss des Beirats vom 07.09.2020 aufrechtzuerhalten und beim ASV die Durchführung einer vertieften Prüfung zu fordern, ob tatsächlich relevante Auswirkungen auf den Taktfahrplan des ÖPNV zu erwarten sind: Der Beirat stimmt diesem Antrag einstimmig zu.

TOP 5: Globalmittelvergabe

Frau Dr. Mathes stellt einleitend fest, dass es in diesem Jahr noch eine Restsumme an Globalmitteln gebe, für deren Vergabe der Fachausschuss "Globalmittel und Koordination" (KoA) auf seiner gestrigen Sitzung Empfehlungen erarbeitet habe.

Frau Mahlert, als Sprecherin dieses Ausschusses, stellt die vorliegenden Globalmittelanträge vor. Demnach seien beantragt worden:

- vom Bürgerzentrum 2.100 € für Video- und Tonaufnahmen von Sitzungen durch den VahReport;
- von JUS/ den Vahrer Maulwürfen 341,05 € für die Gestaltung von Holzkunst auf Spielplätzen:
- von der Epiphaniasgemeinde 550 € als Zuschuss für einen Laptop, um Videoaufnahmen zu bearbeiten. Die Gesamtausgaben beliefen sich auf 1.100 €. Dieser Antrag sei noch kurzfristig eingegangen.

Der KoA habe empfohlen, die ersten beiden Anträge in ihrer vollen Summe zu bewilligen. Es verbleibe dann noch eine Restsumme in Höhe von 385 €. Sie schlägt vor, 385 € der Epiphaniasgemeinde für den Laptop zur Verfügung zu stellen.

Der Beirat stimmt diesen Vergabeempfehlungen einstimmig zu.

TOP 6: Sitzungskalender 2021

Frau Dr. Mathes weist auf die gestern im KoA festgelegten Termine der Beiratssitzungen in 2021 hin.¹¹ Für Juni sei kein Termin festgelegt worden, da dann ein Wechsel der Ortsamtsleitung erfolgen werde.

TOP 7: Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

Sprecher	Sitzungsleitung	Protokoll
Siegel	Dr. Mathes	Auras

¹¹ Der Sitzungskalender 2021 ist dem Protokoll als **Anlage 4** angefügt.